

1973	Ausgegeben zu Bonn am 23. Mai 1973	Nr. 20
Tag	Inhalt	Seite
25. 4. 73	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters	349
27. 4. 73	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes	350
30. 4. 73	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst	350
2. 5. 73	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Stockholmer Fassung des Madrider Abkommens über die internationale Registrierung von Marken	351
2. 5. 73	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen	351
2. 5. 73	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland	352
15. 5. 73	Bekanntmachung der Zweiten Verwaltungsvereinbarung vom 23. Oktober 1972 zum Abkommen vom 31. Mai 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Arbeitslosenversicherung	353

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über die Einfuhr von Gegenständen
erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters**

Vom 25. April 1973

Das in Lake Success, New York, am 22. November 1950 unterzeichnete Abkommen über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters (Bundesgesetzbl. 1957 II S. 170) ist nach seinem Artikel X für

Libyen am 22. Januar 1973
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. März 1973 (Bundesgesetzblatt II S. 212).

Bonn, den 25. April 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Konvention
über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes
Vom 27. April 1973**

Fidschi hat am 11. Januar 1973 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, daß es sich an die Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 729), deren Anwendung vom Vereinigten Königreich mit Wirkung vom 30. April 1970 auf Fidschi erstreckt worden war, gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 26. März 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 202) und vom 19. Mai 1972 (Bundesgesetzbl. II S. 607).

Bonn, den 27. April 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft
zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst
Vom 30. April 1973**

Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat erklärt, daß nach den Artikeln 31 und 32 Abs. 1 der in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossenen Fassung der Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst (Bundesgesetzbl. 1970 II S. 293, 348) die Übereinkunft in der in Brüssel am 26. Juni 1948 beschlossenen Fassung (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 1213) auf

Hongkong mit Wirkung vom 5. Mai 1973
anwendbar ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Januar 1973 (Bundesgesetzblatt II S. 54).

Bonn, den 30. April 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Stockholmer Fassung
des Madrider Abkommens über die internationale Registrierung von Marken**

Vom 2. Mai 1973

Die in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossene Fassung des Madrider Abkommens vom 14. April 1891 über die internationale Registrierung von Marken (Bundesgesetzbl. 1970 II S. 293, 418) tritt für

Vietnam am 15. Mai 1973
in Kraft.

Vietnam hat außerdem die in Artikel 3^{bis} der Stockholmer Fassung des Abkommens vorgesehene Erklärung

mit Wirkung vom 15. Mai 1973
abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. März 1973 (Bundesgesetzblatt II S. 214).

Bonn, den 2. Mai 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen
begangene Handlungen**

Vom 2. Mai 1973

Das Abkommen vom 14. September 1963 über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 121) ist nach seinem Artikel 22 Abs. 2 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Costa Rica	am	22. Januar 1973
Laos	am	21. Januar 1973
Libyen	am	19. September 1972
Luxemburg	am	20. Dezember 1972
Malawi	am	28. März 1973

Sambia	am	13. Dezember 1971
Südafrika	am	24. August 1972

Südafrika hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde erklärt, daß es sich durch Artikel 24 Abs. 1 des Abkommens nicht gebunden betrachtet.

Zypern	am	29. August 1972
--------	----	-----------------

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Oktober 1972 (Bundesgesetzbl. II S. 1500).

Bonn, den 2. Mai 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland
Vom 2. Mai 1973

Das Übereinkommen vom 20. Juni 1956 über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 149) ist nach seinem Artikel 14 Abs. 2 für

Argentinien am 29. Dezember 1972
in Kraft getreten.

Argentinien hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde die folgenden Erklärungen abgegeben:

(Translation)

(Übersetzung)

- | | |
|--|--|
| <p>“(a) The Argentine Republic reserves the right, with respect to article 10 of the Convention, to restrict the application of the expression “highest priority” in the light of the provisions governing exchange controls in Argentina.</p> <p>(b) In the event that another Contracting Party extends the application of the Convention to territories over which the Argentine Republic exercises sovereignty, such extension shall in no way affect the latter's rights (the reference is to article 12 of the Convention.)</p> <p>(c) The Argentine Government reserves the right not to apply the procedure provided for in article 16 of the Convention in any dispute directly or indirectly related to the territories referred to in its declaration concerning article 12.”</p> | <p>„a) Die Argentinische Republik behält sich im Hinblick auf Artikel 10 des Übereinkommens das Recht vor, die Anwendung des Begriffs „größtmöglicher Vorrang“ unter Berücksichtigung der Bestimmungen über die Devisenkontrollen in Argentinien einzuschränken.</p> <p>b) Wenn eine andere Vertragspartei das Übereinkommen auf Gebiete erstreckt, über welche die Argentinische Republik Hoheitsgewalt ausübt, werden die Rechte der letzteren durch die Erstreckung nicht berührt (siehe Artikel 12 des Übereinkommens).</p> <p>c) Die Argentinische Regierung behält sich das Recht vor, das in Artikel 16 des Übereinkommens vorgesehene Verfahren nicht in einer Streitigkeit anzuwenden, die in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit den in ihrer Erklärung zu Artikel 12 bezeichneten Hoheitsgebieten steht.“</p> |
|--|--|

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. Januar 1972 (Bundesgesetzbl. II S. 31).

Bonn, den 2. Mai 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Bekanntmachung
der Zweiten Verwaltungsvereinbarung vom 23. Oktober 1972
zum Abkommen vom 31. Mai 1961
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Griechenland
über Arbeitslosenversicherung
Vom 15. Mai 1973

In Athen ist am 23. Oktober 1972 die Zweite Verwaltungsvereinbarung zum Abkommen vom 31. Mai 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Arbeitslosenversicherung unterzeichnet worden.

Die Zweite Verwaltungsvereinbarung ist nach ihrem Artikel 7 mit Wirkung vom

1. Januar 1972

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 15. Mai 1973

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
In Vertretung
Eicher

**Zweite Verwaltungsvereinbarung
zum Abkommen vom 31. Mai 1961
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Griechenland
über Arbeitslosenversicherung**

ΔΕΥΤΕΡΑ ΔΙΟΙΚΗΤΙΚΗ ΣΥΜΦΩΝΙΑ

Σχετική προς την από 31 Μαΐου 1961 Σύμβαση μεταξύ του
Βασιλείου της Ελλάδος και της Ομοσπονδιακής
Δημοκρατίας της Γερμανίας, περί ασφάλισης κατά
της ανεργίας. —

Auf Grund des Artikels 23 Abs. 1 Satz 2 und Absatz 2 des Abkommens vom 31. Mai 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Arbeitslosenversicherung — im folgenden als Abkommen bezeichnet —

haben die zuständigen Behörden, und zwar
für die Bundesrepublik Deutschland
der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,
vertreten durch

Herrn Ministerialrat Dr. Hartmut Leder,

für das Königreich Griechenland
der Minister für Volkswirtschaft,
vertreten durch den

Sozialrat der Königlich Griechischen Botschaft in Bonn,
Direktor im Ministerium für Volkswirtschaft,
Herrn Pantasis Paxinos,

zur Anwendung des Abkommens folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Der deutsche Träger erstattet dem griechischen Träger dessen erstattungsfähige Leistungen (Artikel 11 des Abkommens) durch ein Pauschale.

(2) Dieses Pauschale beträgt 85 vom Hundert des Betrages, der sich aus der Multiplikation der Zahl der Leistungsempfänger im jeweiligen Kalenderjahr mit dem für das maßgebliche Berechnungsjahr ermittelten durchschnittlichen Aufwand je Erstattungsfall ergibt.

(3) Die Zahl der Leistungsempfänger im jeweiligen Kalenderjahr entspricht der Zahl der Bescheinigungen mit Erstattungszusage, die von den Dienststellen des deutschen Trägers nach Artikel 3 der Verwaltungsvereinbarung vom 19. Oktober 1962 — im folgenden Erste Verwaltungsvereinbarung — ausgestellt worden sind, sofern auf Grund dieser Bescheinigungen erstattungsfähige Leistungen gewährt worden sind. Dabei werden Leistungsempfänger erst in dem Kalenderjahr berücksichtigt, in dem die Bezugsdauer, für die Erstattung zugesagt ist, erschöpft ist oder in dem seit Beendigung der Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland achtzehn Monate verstrichen sind.

(4) Der für das jeweilige Berechnungsjahr ermittelte durchschnittliche Aufwand je Erstattungsfall ist der Betrag, der sich aus der Division der für Leistungsempfänger (Absatz 3) gewährten und nach Artikel 11 Abs. 1

Συμφώνως τῷ ἄρθρῳ 23 παρ. 1. ἐδάφ. 2. καὶ τῆ παραγρ. 2 τῆς ἀπὸ 31 Μαΐου 1961 Συμβάσεως περὶ ἀσφάλισης κατὰ τῆς ἀνεργίας μεταξύ τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος καὶ τῆς Ὀμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας, ἀναφερομένης κατωτέρω ὑπὸ τὸν ὄρον "Σύμβασις" αἱ ἀρμόδια Ἄρχαί, ἦτοι διὰ

τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος, ὁ Ὑπουργὸς τῆς Ἐθνικῆς Οἰκονομίας, ἐκπροσωπούμενος ὑπὸ τοῦ Ὑπουργικοῦ Διευθυντοῦ καὶ Ἐργατικοῦ Συμβούλου τῆς ἐν Βόννῃ Ἑλληνικῆς Β. Πρεσβείας Παντάση Παξίνου

τὴν Ὀμοσπονδιακὴν Δημοκρατίαν τῆς Γερμανίας, ὁ Ὑπουργὸς Ἐργασίας καὶ Κοινωνικῆς Τάξεως ἐκπροσωπούμενος ὑπὸ τοῦ MINISTERIALRAT DR HARTMUT LEDER

συνεφώνησαν πρὸς ἐφαρμογὴν τῆς Συμβάσεως τὰ ἀκόλουθα:

Ἄρθρον 1

1. Ὁ Γερμανικὸς Ὄργανισμὸς ἀποδίδει εἰς τὸν Ἑλληνικὸν Ὄργανισμὸν τὰς ἀποδοτέας παροχὰς (ἄρθρον 11 τῆς Συμβάσεως) ἐπὶ τῆ βάσει ἐνὸς ἐφ' ἑαυτῆς ποσοῦ.

2. Τὸ ἐν λόγῳ ποσὸν ἀνέρχεται εἰς 85 % τοῦ ποσοῦ, τὸ ὁποῖον προκύπτει ἐκ τοῦ πολλαπλασιασμοῦ τοῦ ἀριθμοῦ τῶν καθ' ἕκαστον ἡμερολογιακὸν ἔτος ἐπιδοτουμένων ἐπὶ τὸν μέσον ὄρον τοῦ κατὰ περίπτωσιν καταβληθέντος κατὰ τὸ ἀντίστοιχον ἔτος, ὅπερ λαμβάνεται ὡς ἔτος ὑπολογισμοῦ, ἐπιδόματος, ἐπὶ τοῦ ὁποῖου ὑφίσταται ὑποχρεώσεις πρὸς ἀπόδοσιν.

3. Ὁ ἀριθμὸς τῶν ἐπιδοτουμένων ἀνέργων ἀνὰ ἕκαστον ἡμερολογιακὸν ἔτος, ἀντιστοιχεῖ εἰς τὸν ἀριθμὸν τῶν βεβαιώσεων ἐπιδοτήσεως, δι' ἧς ὑφίσταται συναίνεσις ἀποδόσεως, αἱ ὁποῖαι ἐξεδόθησαν ὑπὸ τῶν ἀρμοδίων ὑπηρεσιῶν τοῦ Γερμανικοῦ Ὄργανισμοῦ συμφώνως τῷ ἄρθρῳ 3 τῆς συμφωνίας περὶ Διοικητικῶν θεμάτων τῆς 10ης Ὀκτωβρίου 1962 — ἐφεξῆς καλουμένης πρώτη Διοικητικῆ Συμφωνία — καὶ ἐφ' ὅσον καταβλήθησαν ἀποδοτέα ἐπιδόματα ἐπὶ τῆ βάσει τῶν βεβαιώσεων τούτων. Εἰδικώτερον λαμβάνονται ὑπ' ὄψιν μόνον αἱ περιπτώσεις, δι' ἧς ὑφίσταται συναίνεσις ἀποδόσεως καὶ δι' ἧς διαρκούντος τοῦ ἡμερολογιακοῦ ἔτους, εἴτε ἔληξεν ἡ διάρκεια ἐπιδοτήσεως εἴτε συνεπληρώθησαν 18 μῆνες ἀπὸ τῆς λήξεως τῆς ἀπασχολήσεως εἰς τὴν Ὀμοσπονδιακὴν Δημοκρατίαν τῆς Γερμανίας.

4. Ὁ μέσος ὄρος τοῦ καταβληθέντος ἐπιδόματος δι' ἑκάστην περίπτωσιν ἐπιδοτήσεως, ὅστις ὑπολογίζεται κατὰ τὸ ἀντίστοιχον ἔτος ὑπολογισμοῦ, ἀποτελεῖ τὸ ποσὸν τὸ ὁποῖον προκύπτει ἐκ τῆς διαιρέσεως τοῦ ποσοῦ τῶν εἰς ἐπιδο-

Buchstabe b des Abkommens erstattungsfähigen Leistungen durch die Zahl der Leistungsempfänger in dem Berechnungsjahr ergibt.

(5) Berechnungsjahr ist das Jahr 1973 und jedes folgende dritte Kalenderjahr. Der für das jeweilige Berechnungsjahr ermittelte durchschnittliche Aufwand je Erstattungsfall wird der Erstattung im Berechnungsjahr sowie im vorhergehenden und im folgenden Kalenderjahr zugrunde gelegt.

Artikel 2

Im Hinblick auf die Zahlung von Wirtschaftsbeihilfen nach Artikel 19 Absatz 5 und 6 der Rechtsverordnung Nr. 2961/1954, ergänzt durch die Notverordnung Nr. 213/1967 betreffend die Änderung der einschlägigen Gesetzgebung über die Anstalt für Beschäftigung und Arbeitslosenversicherung (OAAA), in der jeweils geltenden Fassung, wird der durchschnittliche Aufwand je Erstattungsfall (Artikel 1 Abs. 4) um zehn vom Hundert erhöht.

Artikel 3

(1) Auf die Erstattungsforderung für ein Kalenderjahr, das dem maßgeblichen Berechnungsjahr vorausgeht, wird ein Abschlag gezahlt.

(2) Der Abschlag beträgt 85 vom Hundert des Betrages, der sich aus der Multiplikation der Zahl der in diesem Kalenderjahr abgeschlossenen Fälle (Artikel 1 Abs. 3 Satz 2) mit dem für das letzte Berechnungsjahr ermittelten durchschnittlichen Aufwand je Erstattungsfall ergibt. Bei der Errechnung des Abschlages für das Kalenderjahr 1972 wird ein durchschnittlicher Aufwand je Erstattungsfall von fünftausend Drachmen zugrunde gelegt.

(3) Der Abschlag wird innerhalb von drei Monaten nach dem Zeitpunkt gezahlt, zu dem die Zweitschriften aller Bescheinigungen nach Artikel 3 der Ersten Verwaltungsvereinbarung, die den im Kalenderjahr abgeschlossenen Fällen zugrunde lagen, bei der deutschen Verbindungsstelle eingegangen sind.

Artikel 4

(1) Auf der Zweitschrift der vom deutschen Träger nach Artikel 3 der Ersten Verwaltungsvereinbarung ausgestellt Bescheinigung übermittelt die griechische Verbindungsstelle der deutschen Verbindungsstelle folgende Angaben

1. bei Leistungsfällen, die im Berechnungsjahr abgeschlossen wurden,
 - a) das Kalenderjahr, in dem der Leistungsfall abgeschlossen wurde (Artikel 1 Abs. 3 Satz 2),
 - b) die Zeiträume, in denen die erstattungspflichtigen Leistungen gewährt wurden,
 - c) die Anzahl der erstattungspflichtigen Leistungstage,
 - d) den erstattungspflichtigen Leistungsbetrag ohne die in Artikel 2 genannten Leistungen,
 - e) die in Artikel 2 genannten Leistungen;
2. bei Leistungsfällen, die in einem anderen als dem Berechnungsjahr abgeschlossen wurden,
 - a) das Kalenderjahr, in dem der Leistungsfall abgeschlossen wurde (Artikel 1 Abs. 3 Satz 2),
 - b) die Erklärung, daß die Bescheinigung als Grundlage für die Gewährung erstattungsfähiger Leistungen gedient hat.

τουμένους (παρ. 3) καταβληθέντων επιδομάτων, δι' ἃ ὑφίσταται ὑποχρέωσις πρὸς ἀπόδοσιν συμφώνως τῷ ἄρθρῳ 11 παρ. 1 ἐδάφ. β' τῆς Συμβάσεως, διὰ τοῦ ἀριθμοῦ τῶν κατὰ τὸ ἔτος ὑπολογισμοῦ επιδοτουμένων.

5. Ὁς ἔτος ὑπολογισμοῦ ὁρίζεται τὸ ἔτος 1973 καὶ ἕκαστον ἐπόμενον τρίτον ἡμερολογιακὸν ἔτος. Τὸ κατὰ μέσον ὄρον ποσὸν ἐπιδόματος ἀνά περίπτωσιν ἐπιδοτήσεως κατὰ τὸ ἀντίστοιχον ἔτος ὑπολογισμοῦ, ἀποτελεῖ τὴν βᾶσιν ὑπολογισμοῦ τοῦ ἀποδοτέου ποσοῦ κατὰ τὸ ἔτος ὑπολογισμοῦ ὡς καὶ κατὰ τὸ προηγούμενον καὶ ἐπόμενον ἡμερολογιακὸν ἔτος.

Ἄρθρον 2

Διὰ τὴν ἀπόδοσιν τῶν κατὰ τὸ ἄρθρον 19 παρ. 5 καὶ 6 τοῦ Ν.Δ. 2961/54, ὡς συνεπληρώθη διὰ τοῦ Α.Ν. 213/1967 "περὶ τροποποιήσεως τῆς περὶ τοῦ Ὄργανισμοῦ Ἀπασχολήσεως καὶ Ἀσφαλίσεως Ἀνεργίας (ΟΑΑΑ) κειμένης νομοθεσίας" καὶ ὡς αὐτὰ ἤθελον ἐν τῷ μέλλοντι τυχόν τροποποιηθῆ, παρεχομένου οἰκονομικῶν ἐνισχύσεων, αὐξάνεται τὸ μέσον ποσὸν ἐπιδόματος κατὰ περίπτωσιν ἐπιδοτήσεως (ἄρθρον 1 παρ. 4) τοῦ ἀντίστοιχου ἔτους ὑπολογισμοῦ κατὰ 10 %.

Ἄρθρον 3

1. Ἐπὶ τῆς ἀξιώσεως πρὸς ἀπόδοσιν δι' ἡμερολογιακὸν ἔτος, τὸ ὅποιον προηγείται τοῦ ἀποτελοῦντος τὴν βᾶσιν ὑπολογισμοῦ ἔτους, θά προκαταβάλλεται ποσὸν κατὰ τὰ κατωτέρω ὁριζώμενα.

2. Τὸ ἐν λόγῳ ποσὸν προκαταβολῆς ἀποτελεῖ τὸ 85 % τοῦ ποσοῦ τὸ ὅποιον προκύπτει ἐκ τοῦ πολλαπλασιασμοῦ τοῦ ἀριθμοῦ τῶν κατὰ τὸ ἀντίστοιχον ἡμερολογιακὸν ἔτος περατωθεισῶν περιπτώσεων ἐπιδοτήσεως (ἄρθρον 1 παρ. 3 ἐδάφιον 2) ἐπὶ τὸ καταβληθέν ποσὸν μέσου ἐπιδόματος δι' ἕκαστην περίπτωσιν τοῦ προκείμενου κατὰ τὸ προηγούμενον ἔτος ὑπολογισμοῦ. Κατὰ τὸν ὑπολογισμόν τοῦ διὰ τὸ ἔτος 1972 προκαταβληθησομένου ποσοῦ τίθεται ὡς βᾶσις μέσον ἐπίδομα δι' ἕκαστην περίπτωσιν ἐπιδοτήσεως ἐκ πέντε χιλιάδων (5.000) δραχμῶν.

3. Τὸ προκαταβληθησομένον ἕκαστοτε ποσὸν θά πληρώνεται ἐντὸς τριῶν μηνῶν ἀπὸ τῆς κοινοποιήσεως εἰς τὴν Γερμανικὴν Ὑπηρεσίαν Συνδέσμου τῶν ἀντιγράφων ἀπασῶν τῶν βεβαιώσεων, συμφώνως τῷ ἄρθρῳ 3 τῆς πρώτης Διοικητικῆς Συμφωνίας, αἱ ὁποῖαι ἀπετέλεσαν τὴν βᾶσιν τῶν κατὰ τὸ ἡμερολογιακὸν ἔτος περατωθεισῶν περιπτώσεων.

Ἄρθρον 4

1. Ἡ Ἑλληνικὴ Ὑπηρεσία Συνδέσμου διαβιβάζει πρὸς τὴν Γερμανικὴν Ὑπηρεσίαν Συνδέσμου, δι' ἀναγραφῆς ἐπὶ τοῦ ἀντιγράφου τῶν ὑπὸ τοῦ Γερμανικοῦ Ὄργανισμοῦ συμφώνως τῷ ἄρθρῳ 3 τῆς πρώτης Διοικητικῆς Συμφωνίας ἐκδιδομένων βεβαιώσεων τὰ ἑξῆς στοιχεία:

- 1) Διὰ τὰς περιπτώσεις ἐπιδοτήσεως, αἱ ὁποῖαι ἐπερατώθησαν ἐντὸς τοῦ ἔτους ὑπολογισμοῦ:
 - α) Τὸ ἡμερολογιακὸν ἔτος, κατὰ τὸ ὅποιον ἐπερατώθη ἕκαστη περίπτωση ἐπιδοτήσεως (ἄρθρον 1 παρ. 3 ἐδάφ. 2).
 - β) Αἱ χρονικαὶ περίοδοι, δι' ἃς κατεβλήθησαν τὰ ἐποδοτέα ἐπιδομάτα.
 - γ) Τὸν ἀριθμὸν τῶν ἀποδοτέων ἡμερῶν ἐπιδοτήσεως.
 - δ) Τὸ ἀποδοτέον ποσὸν ἐπιδόματος, μὴ περιλαμβανομένων τῶν ποσῶν τῶν ἐν ἄρθρῳ 2 ἀναφερομένων ἐπιδομάτων.
 - ε) Τὰ ποσὰ τῶν ἐν ἄρθρῳ 2 ἀναφερομένων ἐπιδομάτων.
- 2) Διὰ τὰς περιπτώσεις ἐπιδοτήσεως, αἱ ὁποῖαι ἐπερατώθησαν εἰς ἔτος διάφορον τοῦ ἔτους ὑπολογισμοῦ:
 - α) Τὸ ἡμερολογιακὸν ἔτος, κατὰ τὸ ὅποιον ἕκαστη περίπτωση ἐπιδοτήσεως ἐπερατώθη (ἄρθρον 1 παρ. 3 ἐδάφ. 2).
 - β) Μνείαν περὶ τοῦ ὅτι ἡ βεβαίωσις ἀπετέλεσε τὴν βᾶσιν διὰ τὴν χορήγησιν τῶν ἀποδοτέων ἐπιδομάτων.

(2) Die Verbindungsstellen können das Nähere über das Verfahren (Absatz 1) vereinbaren.

Artikel 5

Die zuständigen Behörden werden über eine Änderung dieser Vereinbarung verhandeln, wenn die in ihr enthaltenen Regelungen auf Grund nicht vorhergesehener Ereignisse den berechtigten Interessen einer Seite nicht mehr gerecht werden.

Artikel 6

(1) Deutsche Verbindungsstelle ist die Hauptstelle des deutschen Trägers in Nürnberg.

(2) Griechische Verbindungsstelle ist die Hauptstelle des griechischen Trägers in Athen.

Artikel 7

Diese Vereinbarung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1972 in Kraft, sobald die zuständigen Behörden einander mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten gegeben sind.

Artikel 8

Diese Vereinbarung gilt für die Kalenderjahre 1972 bis 1974. Ihre Geltungsdauer verlängert sich stillschweigend jeweils um drei Jahre, sofern sie nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende des jeweils dritten Jahres gekündigt wird.

GESCHEHEN zu Athen am 23. Oktober 1972, in zwei Urschriften, je eine in deutscher und in griechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Dr. Hartmut Leder

Für den Minister für Volkswirtschaft
Paxinos

2. Αί ἑπηρεσῖαι Συνδέσμου δύνανται νά καθορίσουν τάζ διαδικαστικάς λεπτομερεῖας ἐκτελέσεως τῶν ἀνωτέρω (παρ. 1).

ἄρθρον 5

Αἱ ἀρμόδιαι Ἀρχαί θέλουσιν διαπραγματευθῆ τροποποίησιν τῆς παρούσης συμφωνίας, ἐφ' ὅσον οἱ ἐν αὐτῇ περιεχόμενοι ὅροι δέν ἀνταποκρίνονται πλέον συνελεῖα ἀπροβλέπτων γεγονότων εἰς τό δεδικοιολογημένον συμφέρον ἐνός μέρους.

ἄρθρον 6

1. Ἑλληνική Ὑπηρεσία Συνδέσμου εἶναι ἡ Λοιζήσις τοῦ Ἑλληνικοῦ Φορέως ἐν Ἀθήναις.

2. Γερμανική Ὑπηρεσία Συνδέσμου εἶναι ἡ Κεντρική Ὑπηρεσία τοῦ Γερμανικοῦ Φορέως ἐν Νυρεμβέργῃ.

ἄρθρον 7

Ἡ παρούσα συμφωνία ἰσχύουσα ἀπό τῆς 1ης Ἰανουαρίου 1972, τίθεται εἰς ἐφαρμογήν εὐθύς ὡς αἱ ἀρμόδιαι Ἀρχαί εἰδοποιήσουν ἀλλήλας ὅτι ἐφίστανται αἱ κατά τό ἐσωτερικόν δίκαιον ἐκάστου Μέρους ἀπαιτούμεναι προϋποθέσεις.

ἄρθρον 8

Ἡ παρούσα συμφωνία ἰσχύει διά τὰ ἡμερολογιακά ἔτη 1972 ἕως 1974. Ἡ ἰσχὺς ταύτης παρατείνεται ἐκάστοτε σιωπηρῶς κατά 3 ἔτη, ἐφ' ὅσον δέν καταγγεῖθῃ ἐντός προθεσμίας 3 μηνῶν πρὸ τῆς λήξεως τοῦ ἐκάστοτε 3ου ἔτους.

Ἐγένετο ἐν Ἀθήναις τῇ 23 Ὀκτωβρίου 1972 εἰς 2 πρωτότυπα, ἀνά ἓν εἰς τὴν Ἑλληνικὴν καὶ Γερμανικὴν ἀμοτέρων τῶν νεμενων ἐχόντων ἴσην ἰσχύν. —

Διὰ τὸν Ὑπουργὸν Ἐθνικῆς Οἰκονομίας
Paxinos

Διὰ τὸν Ὑπουργὸν Ἐργασίας καὶ Κοινωνικῆς Τάξεως
Dr. Hartmut Leder

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Tel. (0 22 21) 22 40 86 bis 88.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 31,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,85 DM. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1972 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung bzw. Nachnahme.

Preis dieser Ausgabe: 0,85 DM zuzüglich Versandgebühr 0,20 DM; bei Lieferung gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5%.